



# Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg



## Zehn strategische Leitlinien

### Die Stadt für alle

Leitbild der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik ist die Gestaltung einer solidarischen und zukunftsfähigen Stadtgesellschaft in Nürnberg, die allen ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dafür gilt es, kommunale Gestaltungsspielräume aktiv zu nutzen, im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Gesellschaft Ressourcen zu erschließen und optimal einzusetzen sowie Betroffene partnerschaftlich zu beteiligen.

### Unterstützung und Anregung

Aufgabe des Sozialstaats ist es zum Einen, Existenzsicherung zu gewährleisten und zum Anderen, soziale Integration zu ermöglichen. Soziale Infrastruktur und Hilfesysteme, die allen Bürgerinnen und Bürgern im Notfall Beistand und materielle Hilfe garantieren, sind von unschätzbarem Wert und müssen sich stets an gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedarfen orientieren. Die Aufgabe moderner Sozialpolitik geht darüber jedoch weit hinaus: Wir müssen Menschen aktivieren und in die Lage versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Zukunftsorientierte Sozialpolitik ist daher immer auch Bildungs-, Gesundheits-, Beschäftigungs-, Senioren-, Familien- und Stadtentwicklungspolitik und erfordert fachlich und sozialräumlich integrierte Strategien. Sie muss langfristig in Generationenfolgen gedacht werden und wirken, um sowohl die Reproduktion von sozialer Ungleichheit zu durchbrechen als auch Befähigungs- und Verwirklichungschancen zu eröffnen.

### Vorbild Nürnberg

Das Referat für Jugend, Familie und Soziales verfolgt dieses Ziel seit vielen Jahren erfolgreich. Die Soziale Arbeit in Nürnberg – der Kommune wie der freien Träger – erfährt bundesweit hohe fachliche Anerkennung als Vorbild und Modellstandort. Die qualifizierte und vielfältige Trägerlandschaft in Nürnberg mit ihren partnerschaftlichen Kooperationen ist ein unschätzbare Standortfaktor des sozialen Nürnberg. Interessierte, pragmatische und konsensorientierte Kommunalpolitikerinnen und -politiker bringen die Arbeit engagiert voran und gewährleisten angesichts begrenzter Finanzressourcen zukunftsgerichtete Kontinuität.

Der Orientierungsrahmen – erstmals vorgelegt 2005 und mehrfach überarbeitet – formuliert zehn strategische Leitlinien, die sich an Lebenslagen und Handlungsfeldern orientieren. Eine Einteilung in fest definierte Zielgruppen und Zuständigkeiten wird der Vielfalt und Komplexität von Rollen und Bedürfnissen jedes und jeder Einzelnen nicht gerecht. Die Stadtverwaltung und die Soziale Arbeit insgesamt müssen deshalb Zuständigkeitsgrenzen überwinden, Handlungsansätze aufeinander abstimmen sowie die Kooperation aller Beteiligten intensivieren.

Die großen Herausforderungen der Zukunft sind der demografische Wandel, die soziale Inklusion und die Frage der Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen der öffentlichen Hand. Sie finden sich als Querschnittsthemen in allen Leitlinien wieder, da sich politisches Handeln und Verwaltungshandeln künftig dadurch legitimieren werden, wie erfolgreich sie soziale Teilhabe und Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger realisieren in einer Gesellschaft, die sich immer weiter ausdifferenziert. Gerade in den Großstädten, die tendenziell leicht wachsen, dabei aber älter werden und viel Zuwanderung erfahren, und in denen vielfältige soziale Problemlagen kulminieren, muss sich kommunale Sozialpolitik diesen Fragen stellen – insbesondere auch vor dem Hintergrund des hohen Zulaufs an Flüchtlingen, der die nächsten Jahre anhalten wird, und der sich sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht auf die kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik und weitere Bereiche auswirkt.

Der Orientierungsrahmen ist verbindliche Arbeitsgrundlage für den Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales. Alle Handlungsfelder werden in Jahresplanungen konkretisiert, in Arbeitsprogrammen strukturiert, in Projekten erprobt und in Regelstrukturen umgesetzt – als Ausgangspunkt für interne Steuerung und Kommunikation.

### Zehn Leitlinien

### Zusammenwachsen in der Stadt

### Sinn und Zweck



In 48.460 der insgesamt 279.056 Nürnberger Haushalte leben Kinder unter 18 Jahren in unterschiedlichen familiären Konstellationen. Rund 12.000 Mütter oder Väter erziehen ein Kind oder mehrere Kinder alleine. Knapp 60% der Kinder wachsen in Familien mit Migrationshintergrund auf. Mit 5.142 in Nürnberg geborenen Kindern wurde 2015 der Geburtenrekord von 1970 eingeholt.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik 2014, 2016.

Die Lebensbedingungen von Familien so zu gestalten, dass diese ihren individuellen Lebensentwurf verwirklichen sowie Alltags- und Krisensituationen bestmöglich bewältigen können, hat in der Nürnberger Familienpolitik einen zentralen Stellenwert. Wir gehen dabei von einem Familienbegriff aus, der die Vielfalt von Lebensformen berücksichtigt: Familie ist zunächst einmal da, wo Kinder sind. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass unter Umständen zu familiären Aufgaben neben Kindererziehung auch die Fürsorge für die eigenen Eltern oder pflegebedürftige Angehörige zählt (vgl. Leitlinie 6).

#### Vielfalt der Familie

Der öffentlichen Hand, insbesondere in den Kommunen, kommt hier eine besondere Rolle zu: Sie muss Infrastruktur und Angebote zur Förderung von Familien bereitstellen, damit Kinder bestmöglich aufwachsen können, Eltern in ihrer Fürsorgeverantwortung und Erziehungskompetenz gestärkt und bei der Vereinbarkeit von Kindererziehung, Pflege und Beruf unterstützt werden. Der Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur ist hierbei bedeutsam. So vielfältig Familien und ihre Lebenssituationen sind, so unterschiedlich müssen die Förder- und Unterstützungsangebote ausgestaltet sein. Deshalb ist ein ausgewogener Mix aus finanziellen Leistungen, niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Prävention sowie zielgruppenspezifische Begleitung und Unterstützung von Familien in schwierigen Lebenssituationen erforderlich. In Nürnberg gibt es eine breite Angebotspalette für Eltern, sich bedarfsbezogen und eigenverantwortlich für die Herausforderungen der Kindererziehung zu wappnen. Dabei werden vor allem Begegnungsorte wie beispielsweise Familienstützpunkte und Familienzentren und die Orte für Familien weiterentwickelt und auch die vorhandene Beratung von Familien in sogenannten Regeleinrichtungen unterstützt.

#### Vielfalt der Unterstützung

**Familienstadt Nürnberg**

Ebenso bedeutsam ist ein positives gesellschaftliches Klima gegenüber Familien. Das Bündnis für Familie, in dem sich Akteurinnen und Akteure aus Stadtverwaltung, Wirtschaft, Kultur, Politik, Verbänden und Gesellschaft zusammengeschlossen haben, ist so zum Markenzeichen und Exportartikel Nürnbergs geworden. Wir konnten ein grundsätzliches Einvernehmen bei allen Beteiligten für die Profilierung Nürnbergs nach dem Leitbild der „Familienstadt“ herbeiführen. Die Wirtschaft und andere im Bündnis vertretene Gruppen ermuntern wir stetig zu weiterem und intensiverem Engagement und machen Angebote für die Zusammenarbeit.

**Familien mit besonderen Herausforderungen**

Die enorme Leistung, die Familien für die Gesellschaft erbringen, wird oft erst dort erkennbar, wo Familienstrukturen überfordert sind oder versagen und Institutionen ihre Rolle übernehmen oder unterstützend eingreifen müssen. So brauchen beispielsweise Familien mit Kindern mit Behinderung oder solche, die Angehörige zu Hause pflegen, Unterstützung durch geeignete Beratungs- und Betreuungsformen sowie finanzielle und organisatorische Hilfestellung im Alltag. Ganz andere Herausforderungen bestehen bei der Integration von Flüchtlingsfamilien in das gesellschaftliche Leben oder bei der Unterstützung von Familien in Langzeitarbeitslosigkeit. Alleinerziehende sind im besonderen Maß während der ersten Lebensjahre ihrer Kinder auf Unterstützung angewiesen.

**Handlungsfelder sind insbesondere:**

- Familienfreundlichkeit in der Gesellschaft stärken durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Veranstaltungen sowie familiengerechte Wohn- und Lebensbereiche als Bestandteil nachhaltiger Stadtentwicklung.
- Sozialräumlich verortete Angebote für präventive, niedrigschwellige Förderung von Familien ausbauen und Angebotsträger unterstützen und vernetzen.
- Familien in schwierigen Lebenssituationen sowie Familien, in denen ein Mitglied eine Behinderung aufweist, situationsgerecht unterstützen und begleiten.
- Vereinbarkeit von Kindererziehung, Pflege und Beruf fördern durch eine bedarfsgerechte Infrastruktur zur Kindertagesbetreuung und Ferienbetreuung, durch Unterstützungs- und Beratungsangebote sowie durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen zur Gestaltung einer familienbewussten Personalpolitik.
- Familien bedarfsorientiert finanziell entlasten.





**Nürnberg**  
SOZIAL



8 % der Nürnberger Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Übertrittsquote an weiterführende Schulen nach der vierten Klasse liegt im Schnitt bei 61,9 %, die Übertrittsquoten ans Gymnasium variieren schulsprengelbezogen zwischen 17 und 80 %.

Quelle: Bildungsbüro der Stadt Nürnberg, 2015.

Bildung im 21. Jahrhundert ist mit dem bisherigen Verständnis von Wissensvermittlung, Bildung und Lernen nicht mehr zu handhaben. Die Herausforderungen sind offensichtlich: Der Sozialstaat erfordert von jedem und jeder Einzelnen mehr Eigenverantwortung, aber auch Handlungskompetenz und bürgerschaftliches Engagement. Der Umbau ökonomischer Strukturen und die sich rasant verändernde Arbeitswelt braucht kreative Menschen, die wissen, wie sie im Team arbeiten und mit Komplexität sowie unvorhersehbaren Risiken umgehen können. Wie wir in Zukunft als globale Gemeinschaft zusammenleben wollen und wie es uns gelingen wird, die Lebensgrundlagen auf unserem Planeten zu erhalten, ist ein bestimmendes Thema unserer Gegenwart geworden. Dafür braucht es innovative, zuversichtliche, eigenständige Menschen, die sich ihrer Verantwortung für eine gelingende Zukunft bewusst sind.

**Der neue Bildungsbegriff**

Die Grundlagen für Bildung und Lernen bringt jeder Mensch von Geburt an mit. Die Lernfähigkeit und -bereitschaft ist in den ersten Lebensjahren überdurchschnittlich groß, eine Förderung deshalb besonders gewinnbringend. Es ist vielfach nachgewiesen, dass frühzeitige Investitionen in Bildung und Erziehung erheblich wirksamer sind als spätere Hilfen. Wir wissen auch, dass Kinder optimal aufwachsen, wenn ihre Eltern die Entwicklung und Bildung aktiv und gestaltend begleiten können. Das Interesse der Eltern an Bildungsprozessen und ihr Verständnis dafür kann durch reales Erleben und Mitgestalten, z. B. in Kindertageseinrichtungen, Tagespflegestellen, Familienzentren und „Kitas als Orte für Familien“ oder in der „Familienfreundlichen Schule“ gefördert werden.

**Lernen beginnt mit der Geburt**

Eigene Orte und Räume für Kinder sind wichtig: Sie erleben in der Kindertageseinrichtung außerhalb der Familie oder Schule andere Menschen und deren Handeln. Sie lernen ihre Potentiale, Interessen und Grenzen kennen, erleben Bindung, Partnerschaft, Einbeziehung und Interesse ihrer Eltern als beispielhafte Formen von Beteiligung und demokratischem Gestalten. Sie fühlen sich in der Kita wohl und erleben dort einen

**Das Leben lieben lernen**

Lebensabschnitt, der ihnen neben Bildung auch Sicherheit, Anerkennung, Freude, persönliche Entwicklung und Lebenszufriedenheit vermittelt. Somit stehen die Begriffe „Bildung und Lernen“ auch für Glück und Gestaltungsbereitschaft und sind folglich kein materieller Selbstzweck mehr, sondern Grundlage individueller und gesellschaftlicher Entwicklung.

#### Die „Familienschule“

Die Familie hat eine herausragende Rolle als Bildungsinstanz, z. B. bei der Entwicklung von Gesundheitsbewusstsein. Ernährungs- und Bewegungsverhalten werden in der Kindheit im häuslichen Umfeld geprägt – mit lebenslangen Folgen. Die Funktion der Familie als wesentlicher Bildungsort bleibt im Lauf der Entwicklung vom Kind zum jungen Erwachsenen bestehen.

#### Lernen hört nie auf

Bildung ist ein lebenslanger Prozess, wobei Übergangsphasen besondere Aufmerksamkeit benötigen. Kinder beim Eintritt in Krippe und Kindergarten, bei der Einschulung und Jugendliche an der Schwelle ins Berufsleben brauchen Gestaltungskompetenzen, damit die Einstiege in Schule, Ausbildung und Beruf gelingen. Auch hier gilt: Frühzeitige intensive Förderung dieser Gestaltungs- und Handlungskompetenzen kann später Scheitern und Frustration verhindern helfen. Familien profitieren von öffentlicher Unterstützung, sie brauchen Nachbarschaft, öffentliche Bildungseinrichtungen, gesundheitliche Versorgungsinstitutionen, Jugendhilfe und vieles mehr. Eine wichtige Herausforderung ist die Gestaltung ganztägiger Bildung im Zusammenspiel von Familien, Jugendhilfe und Schule sowie die Entwicklung geeigneter Modelle der Zusammenarbeit, die auch die Neuausrichtung der bayerischen Schulpolitik in Hinblick auf die Ganztagschule berücksichtigen. Integrative Bildung an der Ganztagsgrundschule St. Leonhard, Hort-Kooperationsklassen, Offene Ganztagschulen in Kinder- und Jugendhäusern sowie zukunftsfähige Raumkonzepte bei Neubauplanungen von Horten sind erste markante Meilensteine dieser Entwicklung.

#### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Hochwertige Kindertagesbetreuung für alle Altersgruppen sicherstellen.
- Kindertagespflege, Schulkindbetreuung, Elternselbsthilfe und weitere Modelle verbessern.
- Eltern bei der Suche nach geeigneten Betreuungsformen und der Gestaltung von Übergängen unterstützen.
- Familie als Bildungsinstanz stärken in Form von integrierten Angeboten in Kindertageseinrichtungen, der Familienbildung und der familienfreundlichen Schule.
- Bildungsk Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe, zwischen formeller, informeller und non-formaler Bildung weiterentwickeln; Bildungslandschaften ganztägiger und potentialfördernder Bildung im Stadtteil mitgestalten.
- Familiäre Förder- und Unterstützungsprogramme vom frühkindlichen Alter an einsetzen.
- Bildung inklusiv gestalten und Kinder mit besonderem Förderbedarf stärken.
- Bei der Bildungskoordination und -steuerung in der Stadt Nürnberg aktiv mitarbeiten.





Mehr als 11.500 Kinder haben seit dem Jahr 2000 an den Kinderversammlungen in Nürnberg teilgenommen, sie haben dabei weit über 1.000 Wünsche und Anregungen („Anträge“) formuliert. Seit 2012 wurden durch „laut!“ 39 Mikroprojekte mit Jugendlichen angestoßen, es fanden 12 Jugendversammlungen mit ca. 1.000 Teilnehmenden statt. 750-mal wurde der ASD 2014 im Rahmen des Schutzauftrags bei einer Kindeswohlgefährdung kontaktiert, 300 Kinder und Jugendliche wurden durch das Jugendamt in Obhut genommen.

Quelle: Jugendamt, 2014, 2015.

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) tragen wir zur Durchsetzung ihrer Rechte auf Förderung ihrer individuellen und sozialen Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten bei. Wir wollen sie stärken und schützen und nehmen dafür unsere gesetzliche Verantwortung durch systematische Planung, Steuerung und Beteiligung wahr, treten in den relevanten Lebensbereichen für Bedürfnisse und Interessen junger Menschen ein, auch in Handlungs- und Aufgabenfeldern außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe. Wir wollen dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien in Nürnberg sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

**Kindern Recht geben**

Junge Menschen sollen sich für ihre Rechte einsetzen können, an den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt sein und in der Stadtgesellschaft und Kommunalpolitik mitwirken. Sie sollen die für ihre Entwicklung notwendigen Möglichkeiten vorfinden: in Jugendgruppen, -gemeinschaften und -verbänden, die, orientiert an Interessen, Bedürfnissen und Wünschen, ein breites Spektrum von Angeboten bieten – unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Lebenslagen und den spezifischen Erfordernissen. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen sind offene Treffpunkte für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und sprechen diese mit entsprechenden Konzepten an. Nürnberg bietet Platz für kinder- und jugendkulturelle Ausdrucks- und Erlebnisformen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Spiel- und Entfaltungsräume, und wir unterstützen sie, wenn sie ihr Recht auf Aneignung und Nutzung des öffentlichen Raums wahrnehmen (vgl. Leitlinie 8). Junge Menschen mit Behinderung haben wie in allen Lebensbereichen selbstverständlich auch ein Recht auf Inklusion in den Segmenten der Kinder- und Jugendarbeit.

**Vielfalt bieten**

**Zu Wort kommen lassen** Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche wurden in den letzten Jahren realisiert und werden künftig weiter entwickelt und ausgebaut: Kinderversammlungen, das bundesweit beachtete Partizipationsprojekt für Jugendliche „laut!“, die Beteiligung von Kindern bei Spielflächenplanungen sind die bekannten Stichworte hierzu, die Straße der Kinderrechte symbolisiert dies. Aber auch in den Kindertagesstätten, den Jugendverbänden und Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind viele Ansatzpunkte vorhanden. Die „Jugendgerechte Kommune“ ist unser Ziel und wir werden die Vorhaben auf Bundesebene hierzu beobachten und begleiten.

**Ankommen lassen** Die Wahrnehmung der Rechte von jungen Flüchtlingen, ob unbegleitet oder mit ihrer Familie, in Nürnberg ist uns eine klare Verpflichtung. Wir schaffen Voraussetzungen für eine gelingende soziale, schulische und berufliche Integration und kooperieren deshalb eng mit den relevanten Behörden und Diensten. Wir gewährleisten den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung und unterstützen Teilhabechancen für junge Flüchtlinge.

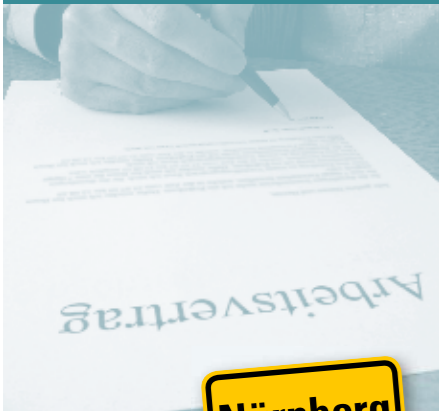
**Schutz bieten** Um Kinder wirkungsvoll zu schützen, müssen wir Gefährdungen möglichst früh erkennen. Dazu entwickeln wir Kooperationsstrukturen weiter, tragen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei und garantieren niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsmöglichkeiten. Bei akuten Gefährdungen reagiert der Allgemeine Sozialdienst als Fachdienst der Jugendhilfe schnell und effektiv. Wir wollen Kinder vor allem auch im Vorfeld einer Entwicklungsverzögerung oder konkreten Gefährdung präventiv schützen, indem wir den zielgenauen Zugang zu frühen Hilfen fördern, Familien unterstützen und Hilfen für die unterschiedlichen Bedürfnisse entwickeln und vermitteln. Auch Jugendschutz, Jugendmedienschutz und Suchtprävention arbeiten in diesem Rahmen. Durch die Jugendsozialarbeit an Schulen sind Leistungen der Jugendhilfe für Schülerinnen und Schüler und ihre Familien, insbesondere Krisenintervention und Beratung, direkt an den Schulen abrufbar.

#### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Kinderrechte bekannter machen, Eltern und Fachkräften näher bringen.
- Planungsbeteiligung junger Menschen und ihrer Familien in allen Lebensbereichen erhalten und ausbauen, Partizipation für junge Menschen methodisch und strukturell weiter entwickeln.
- Angebotslücken in der Kinder- und Jugendarbeit schließen.
- Jugendsozialarbeit an Schulen weiter entwickeln und ausbauen, vorrangig ist der bedarfsgerechte Ausbau an Grundschulen.
- Sensibilität für das Wohl von Kindern steigern, die „Kultur des Hinsehens“ im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft fördern, frühe Hilfen ausbauen, Zugänge effektiv gestalten.







Im Juli 2015 waren in Nürnberg 19.800 Menschen arbeitslos gemeldet. Knapp 73 % der Arbeitslosen bezogen Leistungen nach dem SGB II und waren somit länger als ein Jahr arbeitslos. Ca. 48.300 Personen lebten im Stadtgebiet Nürnberg von Leistungen des SGB II. Rund 68 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten des Jobcenters Nürnberg-Stadt haben keinen Berufsabschluss, etwa 19 % keinen Schulabschluss. Ein Großteil der Abgänge aus der Langzeitarbeitslosigkeit (ca. 70 %) erfolgt in Nichterwerbstätigkeit, v. a. in Arbeitsunfähigkeit. Dem hingegen gingen nur rund 8 % in eine Erwerbstätigkeit. Von den knapp über 33.000 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten des Jobcenters waren Ende 2014 43 % vier Jahre und länger im Leistungsbezug des SGB II.

Quelle: Arbeitsagentur, Jobcenter Nürnberg, 2015.

Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse sind Hauptursache für Armut. Arbeit bedeutet für Menschen aber noch mehr als Existenzsicherung: Sie strukturiert den Tagesablauf, vermittelt Kompetenzen und soziale Kontakte, stiftet Zufriedenheit und Sinn, ist gesellschaftliche Teilhabe. Vollerwerbsarbeit sollte dabei immer ein auskömmliches und gesichertes Einkommen garantieren. Wir fordern in der Beschäftigungspolitik mehr Gestaltungsspielräume für die kommunale Sozialpolitik und nutzen diese in Kooperation mit anderen Ebenen und Beteiligten, um allen Menschen Beschäftigung zu ermöglichen. Wir engagieren uns weiterhin für eine zukunftsgerichtete und sinnvolle Organisation des SGB II unter Wahrung kommunaler Interessen und Kompetenzen. Zielgruppen kommunaler Initiativen und Maßnahmen sind insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildungsplatz, Familien mit Kindern, Langzeitarbeitslose mit multiplen Problemlagen, sowie Gruppen, die besondere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben, wie Menschen mit Behinderung, ältere Beschäftigte vor der Rente und Flüchtlinge mit Arbeitsmarktzugang.

#### Die Bedeutung der Arbeit

Eine Ausbildung ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen herzustellen ist vornehmlich Aufgabe der Schule, erfordert aber zusätzlich aufeinander abgestimmte, effektive Maßnahmen eines Übergangssystems. Wir wollen alle Jugendlichen zur Ausbildungsreife bringen und sie unverzüglich in Ausbildung integrieren. Dafür sind zusätzliche Maßnahmen zur Hinführung in Ausbildungsmöglichkeiten sowie eine stärkere Vernetzung der handelnden Institutionen nötig. Jugendhilfe bietet im Übergangsbereich auf verschiedenen Ebenen Lern- und Sozialisationshilfen an, um junge Menschen schrittweise in Gesellschaft und Berufswelt zu integrieren. Sie stärkt die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit, um Orientierungs- und Entscheidungsprozesse für die Planung ihres (beruflichen) Lebenslaufs zu ermöglichen.

#### Wege zur Ausbildung

**Rückkehr zur Arbeit** Gemeinsam mit Arbeitsagentur und Jobcenter wollen wir Menschen zur Beschäftigung befähigen und sie in sozialversicherungspflichtige Arbeit integrieren. Aufgrund der Qualifikationsstruktur der erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden des Jobcenters sind dies vor allem Arbeitsplätze für Un- bzw. Angelernte. Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters enthält dafür strategische Ziele und Maßnahmen, die – aus Gründen der Effektivität – bei den identifizierten Fokusgruppen aus aufeinander abgestimmten Förderketten bestehen. Sie werden im Auftrag des Jobcenters von unterschiedlichen Trägern durchgeführt, z.B. Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und der städtischen Beschäftigungsgesellschaft NOA sowie NOA.kommunal. Gleichgewichtiges Ziel neben der Integration in Arbeit muss es sein, die Teilnehmenden bei der Erreichung des höchstmöglichen Qualifikationsniveaus zu unterstützen. Die NOA konzipiert und realisiert als 100-prozentige Tochter und operative Einheit der Stadt Nürnberg Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte, zugeschnitten auf Zielgruppen und bei Bedarf auf Stadtteile.

**Sinnvolle Tätigkeiten** Manche Erwerbslose haben wenige Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Ihnen wollen wir sinnvolle und gemeinnützige Beschäftigung in einem öffentlich finanzierten und organisierten Arbeitsmarkt bieten, etwa im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen, der pflegeunterstützenden Dienstleistungen, von Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum, oder der Hauswirtschaft und Essensversorgung in Kitas und Schulen. Durch flankierende Angebote der Kommune wie Kinderbetreuung, Schuldner- oder Suchtberatung wollen wir Menschen helfen, Beschäftigung aufzunehmen und dauerhaft auszuüben.

Als beschützende Einrichtung hat die noris inklusion gGmbH als 100-prozentige Tochter der Stadt Nürnberg die Aufgabe, Menschen mit wesentlicher Behinderung berufliche Bildung und soziale Kompetenzen zu vermitteln und ihnen Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist in der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen beschrieben: die noch bessere Inklusion von Menschen mit Behinderung im regulären Arbeitsmarkt. Dieser Aufgabe wird noris inklusion durch einen noch stärkeren Ausbau des Angebots von ausgelagerten Arbeitsplätzen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und durch intensivierete Vermittlungsbemühungen in sozialversicherungsrechtliche Arbeitsverhältnisse gerecht. Die bestehende Kompetenz als Brückenbauerin und Spezialistin für angepasste Arbeit bietet noris inklusion gGmbH künftig auch langzeitarbeitslosen Schwerbehinderten zum Wiedereinstieg in den regulären Arbeitsmarkt an.

**Arbeit für alle**

#### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Die kommunale Beschäftigungspolitik koordinieren, Strategien der sozialen und arbeitsmarktlichen Qualifizierung und Integration entwickeln.
- Erwerbsfähige Personen im Rechtskreis des SGB II bestmöglich coachen, qualifizieren und in Beschäftigung integrieren.
- Jugendliche und junge Erwachsene in Projekten und Maßnahmen über Förderketten an Ausbildung und den Arbeitsmarkt heranzuführen und ihnen Ausbildung ermöglichen.
- Beschäftigung über die städtischen Töchter NOA gGmbH, NOA.kommunal und noris inklusion gGmbH initiieren und ermöglichen.
- Einen öffentlich finanzierten und organisierten Arbeitsmarkt auf den Weg bringen.





19 % der Nürnberger Bevölkerung gilt als arm oder armutsnah. Legt man das Kriterium der Nürnberg-Pass-Berechtigung an, so leben etwa 80.000 Menschen in Nürnberg in Armut. Langzeitarbeitslose, Haushalte mit Kindern und zunehmend auch Seniorenhaushalte sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Ca. 1.700 Menschen sind obdachlos.

Quellen: Amt für Stadtforschung und Statistik, 2014, Sozialamt, 2015.

Rund ein Fünftel der Nürnberger Bevölkerung lebt in Armut oder Armutsnähe. Haushalte mit Kindern sind davon überdurchschnittlich betroffen, über die Hälfte der Alleinerziehenden-Haushalte ist als arm oder armutsnah einzustufen. Fast jedes vierte Kind lebt von Sozialtransferleistungen (v.a. SGB II); nimmt man die von Armut bedrohten Kinder hinzu, so ist fast jedes dritte Kind betroffen. Besonders Arbeitslosigkeit bringt viele Menschen an die Armutsschwelle, verbunden mit der Gefahr künftiger Altersarmut (die Zahl der Grundsicherungsempfänger ist seit 2008 um 50% gestiegen) (vgl. Leitlinie 4). Die Verschuldung der Privathaushalte steigt. Armut heißt aber nicht nur materielle Knappheit, sondern auch geringere Bildungschancen, eingeschränkte wirtschaftliche und berufliche Perspektiven, gesundheitliche Beeinträchtigungen, weniger Teilhabe an Kultur, Sport und Freizeiterlebnissen, weniger soziale Kontakte und Netzwerke, mehr Isolation und Resignation.

Armutsprävention als bereichsübergreifende Aufgabe besteht daher nicht nur aus materiellen Leistungen für die Betroffenen, sondern eröffnet Chancen, selbstbestimmt und eigenverantwortlich Wege aus der Armut zu finden. Dafür fördern wir gemeinsam mit den Partnern im „Netz gegen Armut“ Beratungs- und Unterstützungsangebote für die unterschiedlichen Gruppen von Armut Betroffener oder Bedrohter und geben Impulse für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Umgang mit Armut. Da eine Kindheit in Armut lebenslange, folgenschwere Benachteiligungen nach sich ziehen kann, haben wir das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg „Armen Kindern Zukunft geben“ entwickelt und setzen es in zehn Handlungsfeldern zur Prävention und Bekämpfung von Benachteiligung durch Kinderarmut mit hoher Priorität um. Als mehrdimensionales und dynamisches Instrument der Armutsprävention setzen wir den Nürnberg-Pass ein: Er verbindet materielle Vergünstigungen mit Informationen und Bildungsangeboten. Die Leistungen des Nürnberg-Passes werden ständig weiterentwickelt und den Bedürfnissen der Zielgruppen angepasst.

### Eine Randerscheinung?

### Wege aus der Armut

**Wohnraum schaffen** Zunehmende Bedeutung gewinnt die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für den ärmeren Teil der Bevölkerung. Zusätzlich zu den vielfältigen Zuständigkeiten des Sozialreferats im Bereich Wohnen (Wohnungsvermittlung, Wohngeld, Mietschuldenübernahme, Verhinderung von Obdachlosigkeit, Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach SGB II und XII), macht das Sozialamt konkrete politische Vorschläge zur Verbesserung der Wohnsituation für seine Zielgruppen. Neben dem Erwerb von Belegungsrechten beziehen sich diese auch auf die Schaffung von zusätzlichen Sozialimmobilien sowie dem Ausbau der Pensionsplätze samt sozialpädagogischer Betreuung in jeder Pension. Darüber hinaus fordert das Sozialamt eine gesamtstädtische und referatsübergreifende Planung zum Thema Wohnen.

#### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Fachlicher Austausch und öffentliche Bewusstseinsbildung z.B. durch Armutskonferenzen und Armutsberichterstattung.
- Forderungen und Konzepte für Erhalt und Mehrung von bezahlbarem Wohnraum entwickeln; einkommensschwache Menschen durch Wohnungsvermittlung und Wohngeld unterstützen.
- Konzepte für in Armut lebende oder von Armut bedrohte Gruppen, z. B. Alleinerziehende, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge, Menschen mit Migrationshintergrund, Obdachlose, Suchtkranke erarbeiten.
- Chancen und Zugänge für Bildung auf verschiedenen Ebenen schaffen, z. B. Alphabetisierungs-Gutscheine für Erwachsene und Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder.
- Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut „Armen Kindern Zukunft geben“ umsetzen.
- Instrumente zur Armutsprävention gezielt weiterentwickeln, z.B. Nürnberg-Pass, Schuldnerberatung, Jugend-Schulden-Prävention.
- Professionelle Energiesparberatung für Geringverdienende und Menschen, die finanzielle Hilfen erhalten, Energieschuldenprävention (ESP).





**Nürnberg**  
SOZIAL

Ende des Jahres 2014 waren in Nürnberg rund 105.000 Bürgerinnen und Bürger (20,5 %) mindestens 65 Jahre alt, knapp 29.000 mindestens 80 Jahre alt (5,5 %). Im Jahr 2030 wird den Prognosen zufolge die Bevölkerung deutlich älter sein: Rund 122.000 Personen werden dann 65 Jahre oder älter sein (30 %), etwa 40.000 (7,7 %) mindestens 80 Jahre. Die Alterung ist dabei in Nürnberg noch moderat, da z.B. ein leichter Bevölkerungszuwachs sowie verstärkte Zuwanderung erwartet wird und auch das Geburtendefizit voraussichtlich nicht so stark ausfällt wie in anderen Kommunen.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik 2014; eig. Berechnungen.

Der Anteil älterer Menschen wächst stetig an, die kulturelle Vielfalt des Alters nimmt zu und die Lebenslagen im Alter differenzieren sich weiter aus. Einerseits steigt allgemein das Aktivitätsniveau des Alters: Immer mehr „junge“ Ältere sind aktiv, selbstbewusst, vielfältig interessiert, können und wollen sowohl ihr eigenes Leben als auch die Gemeinschaft (mit)gestalten. Auf der anderen Seite erreichen immer mehr Menschen ein sehr hohes Alter und bestimmte Problemlagen im Alter werden in Zukunft bedeutsamer: So wird die Anzahl der von Altersarmut und Pflegebedürftigkeit Betroffenen wachsen (auch von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte), ebenso die Gefahr von Isolation und Einsamkeit, und auch das Thema psychische Erkrankungen (u. a. Sucht) im Alter wird uns zunehmend beschäftigen. Nicht zuletzt wächst auch der Anteil alter Menschen mit Behinderungen.

**Wir werden älter**

Vor diesem Hintergrund ist eine Demografiestrategie für eine älter werdende Stadtgesellschaft eine hochkomplexe Aufgabe. Damit die Stadt ihre Steuerungs- und Planungsaufgaben wirkungsvoll wahrnehmen kann, sind auch von übergeordneter politischer Ebene unterstützende Rahmenbedingungen zu setzen. Es gilt, insgesamt eine altersgerechte städtische Lebensumwelt zu schaffen, von einer adäquaten Wohnraumversorgung und mobilitätsfördernden Verkehrsinfrastruktur bis hin zu bedarfsgerechten Angeboten sowohl für die aktiven als auch die hilfebedürftigen Älteren. Dazu gehört auch, intergenerative Kontakte und Hilfeleistungen auszubauen und generationenübergreifendes Wohnen zu fördern. Notwendig ist eine integrierte Sozialplanung, die den komplexen Wechselwirkungen der Bevölkerungsentwicklung und der „demografischen Rendite“ Rechnung trägt. Dies erfordert sowohl die verstärkte Zusammenarbeit der Behörden („Alterssensibilisierung“ der Stadtplanung) als auch die Neuausrichtung der Altenhilfe im engeren Sinne (vgl. Leitlinie 8).

**Wir brauchen Bewegung**

**Sozialraumorientierung** So muss der möglichst lange Verbleib in der eigenen Häuslichkeit durch Präventions- und Dienstleistungsangebote ebenso weiterentwickelt werden wie bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe (vgl. Leitlinie 7). Um den besonderen Bedürfnissen von – insbesondere alleinlebenden – Seniorinnen und Senioren sowie ihren Angehörigen gerecht zu werden ist eine verstärkte Quartiers- und Sozialraumorientierung erforderlich. Angehörige von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen müssen entlastet und unterstützt werden. Wichtiges Instrument hierfür ist der Pflegestützpunkt, der in gemeinsamer Trägerschaft der Stadt mit den gesetzlichen Kranken- bzw. Pflegekassen arbeitet.

**NürnbergStift** Mit dem NürnbergStift als städtischem Träger werden wir auch weiterhin unserer Verantwortung als kommunaler Anbieterin von Pflegeeinrichtungen gerecht. Wir halten ein breites Spektrum von Angeboten für Seniorinnen und Senioren vor: vom Ambulanten Dienst, der geriatrischen Rehabilitation, der Kurzzeit- und Verhinderungspflege bis hin zu vielfältigen Angeboten des Wohnens und der pflegerischen Betreuung und Versorgung. Dieses muss entsprechend den Bedürfnissen älterer Menschen, pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen und gesetzlichen Grundlagen ausgebaut werden. Unsere Einrichtungen modernisieren und sanieren wir. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Betreuungs- und Pflegequalität ist handlungsleitend für die Aktivitäten des NürnbergStift.

**noris inklusion** Mit der noris inklusion gGmbH als städtischem Kompetenzträger für Menschen mit Behinderung stellen wir uns der Verantwortung, auch diesem Personenkreis ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen. Hierbei nutzen wir Synergieeffekte zwischen NürnbergStift und noris inklusion bei der Konzeptionierung und Umsetzung von neuen Angeboten im Grenzbereich von Eingliederungshilfe und Pflege. Wir wollen der Vielfalt des Alterns auch in Zukunft gerecht werden, dafür arbeiten wir mit allen Trägern und Initiativen der Seniorenarbeit, dem Stadtseniorenrat und weiteren gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammen.

#### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen (unabhängig von Einkommen, Mobilität und ethnischer Herkunft).
- Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement aufzeigen, stärken und ggf. begleiten.
- Neutrale Beratungsstrukturen bündeln und ausbauen.
- Quartiere altersgerecht entwickeln, u.a. durch quartiersbezogene Präventions- und Teilhabeangebote sowie Gewährleistung von bedarfsgerechten Kultur- und Freizeitangeboten vor Ort (z.B. Seniorennetzwerke).
- Kultur- und geschlechtersensible Pflege stärken.
- Das kommunale Angebot im Bereich des Ambulanten Dienstes, der geriatrischen Rehabilitation und der pflegerischen Angebote sowie spezielle Pflegekonzepte (z. B. für demenzkranke Menschen und im Palliativbereich) bedarfsgerecht weiterentwickeln, zukunftsorientierte Wohnformen im ambulanten wie auch stationären Bereich ausbauen (z.B. Wohngruppenkonzept, Hausgemeinschaftsmodell).
- Tagesstrukturierende Maßnahmen sowie ambulant betreutes und stationäres Wohnen für Menschen mit wesentlicher Behinderung im Alter weiterentwickeln und absichern.
- Angebote für Menschen mit wesentlicher Behinderung im Alter in Verzahnung von Altenpflege und Eingliederungshilfe weiterentwickeln.





Über 98.000 Nürnbergerinnen und Nürnberger sind ehrenamtlich aktiv, weitere rund 160.000 noch nicht Aktive können sich bürgerschaftliches Engagement vorstellen.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Repräsentativumfrage 2013.

Die Gesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, durch persönlichen Einsatz oder finanziell. Viele sind bereits aktiv, noch mehr Menschen wären bereit, fanden aber bisher keinen Zugang zum Ehrenamt. Auch viele Unternehmen leisten unter dem Stichwort „Corporate Citizenship“ bereits Beiträge für die Gesellschaft, weitere könnten gewonnen werden. In Nürnberg ist die Ermutigung zum bürgerschaftlichen Engagement in Form der 3 B's („Bürgerzeit, Bürgerwissen, Bürgergeld“) eine wichtige sozialpolitische Aufgabe.

**Ehrenamt ist Ehrensache**

Um Bürgerinnen und Bürger noch stärker zu motivieren, ist der Ausbau einer Anerkennungskultur ebenso nötig wie die Ermunterung zu neuen Formen des Engagements – viele „Möglichkeitenstrukturen“ sollen die Mitwirkung an einer solidarischen Stadtgesellschaft vereinfachen. Zu bedenken ist dabei immer, dass Engagement nur dann befriedigend und dauerhaft erfolgreich sein kann, wenn die legitimen Interessen der Engagierten – etwa nach Anerkennung, sozialen Kontakten, Fortbildung oder Mitbestimmung – ebenso Berücksichtigung finden wie die Interessen derjenigen, die vom bürgerschaftlichen Engagement als Einzelne oder als Institutionen Nutzen ziehen.

**Engagement ist ehrbar**

Auch über das klassische Ehrenamt hinaus – etwa in der Kirchengemeinde, im Jugendverband oder im Sportverein, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, gibt es viele Betätigungsfelder. Der vorhandene „Reichtum an Talenten“ wird in Partnerschaft mit der hauptamtlichen sozialen Arbeit dringend benötigt.

**Ehrenamt ist überall**

**Engagement ist lernbar** Insbesondere für eine neue Kultur des Aufwachsens ist die Beteiligung und Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich, um Familien zu entlasten sowie Bildung und soziale Integration für alle Kinder von Anfang an zu unterstützen. Familien und Kinder profitieren z.B. von Familienpatenschaften, von Vorlesefreundinnen und -freunden in Kindertageseinrichtungen. Auch bei der Armutsprävention und bei der positiven Gestaltung des Alters prägt bürgerschaftliches Engagement in all seinen Erscheinungsformen die Stadtgesellschaft entscheidend mit.

**Die Tür steht offen** Den vielen Engagementwilligen, aber bislang nicht Engagierten unter den jungen Menschen, den (jüngeren) Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir den Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement erleichtern und ihnen die Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe an der Bürgergesellschaft aufzeigen.

#### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Die Netzwerke in den Themenbereichen Engagementförderung, Engagement für Flüchtlinge, Stiftungen, „Corporate Social Responsibility“, „Corporate Volunteering“ weiterentwickeln durch Veranstaltungen, Newsletter und Kooperationen.
- Konkrete Ehrenamtsprojekte im Bereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales ausbauen.
- Neue Formen des Ehrenamts entwickeln und fördern, neue Gruppen Ehrenamtlicher gewinnen, u.a. durch den Ausbau von Informationsplattformen (z.B. „Bürgernetz“-Datenbank, „Freiwilligen-Info“, Freiwilligenmessen, Facebook-Auftritt „Nürnberg engagiert“).
- Die Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements durch Anerkennungskultur, fachliche Unterstützung und Weiterbildung, Unterstützung durch Sachmittel und Räume, Preisvergaben fördern.
- Die Möglichkeitsstrukturen für das Engagement von Unternehmen ausbauen.







Die Bevölkerung in Nürnberg entwickelt sich dynamisch. Zum Jahresbeginn 2016 lebten 527.468 Menschen in der Stadt. Das sind 8% mehr als zur Jahrtausendwende. Und die Stadt wird moderat weiterwachsen. Trotz steigender Geburtenraten bleibt der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung negativ. Das Wachstum ist vor allem in den Zuzügen von überwiegend jungen Zugewanderten aus dem Ausland begründet. Im Jahre 2030 werden mehr Menschen in Nürnberg leben als heute, sie werden im Durchschnitt älter und die Stadtgesellschaft wird bunter sein.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, 2015.

Nürnberg wird nicht gleichmäßig wachsen, sondern nach Altersgruppen und Teilgebieten differenziert: Wanderungsgewinne sind vor allem im Westen sowie südlich und nördlich in der Außenstadt zu erwarten. In der Innenstadt wird hingegen die Bevölkerung eher abnehmen. Die anstehenden Veränderungen gilt es für uns aktiv mitzugestalten:

### Ungleichmäßiges Wachstum

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen ist dank Zuwanderung in den letzten Jahren nahezu gleichgeblieben. Der Appell „Kein Kind darf verloren gehen“ bekommt mit den Erwartungen eines Generationenvertrages besondere Dringlichkeit. Um Kindern gute Zukunftschancen, ein beschütztes Aufwachsen und ein anregungsreiches Umfeld zu geben, bedarf es der gemeinsamen Verantwortung von Elternhaus, Jugendhilfe, Schule und Zivilgesellschaft (vgl. Leitlinie 2). Mit Blick auf die demografische Entwicklung muss es gleichwohl Ziel sein, Stadtteile altersgerecht zu gestalten (vgl. Leitlinie 6). Grundsätzlich geht es darum, für alle Lebensalter attraktive Rahmenbedingungen in Stadtgesellschaft und Angebotsstruktur zu schaffen. „Zuerst gestalten wir die Stadt, dann prägt sie uns.“ (Jan Gehl) – in diesem Sinne werben wir dafür, die um Flächen konkurrierenden Funktionen von Arbeit und Wohnen, von Infrastruktur und öffentlichem Raum in ihrem Zusammenwirken für den jeweiligen Stadtteil zu bewerten.

### Stadt für Jung und Alt

Soziale Politik muss da ankommen, wo die Menschen leben. Im sozialen Nahraum erreichen unterstützende Maßnahmen all die Menschen, die weniger mobil sind. Hier gilt es zudem, schlummernde Potentiale und die Kraft der Stadtteilgemeinschaft zu wecken. Der Stadtteil ist der Ort, an dem Begegnung und Teilhabe ermöglicht werden: in Einrichtungen, sozialen Diensten, im öffentlichen Raum, bei Stadtteilveranstaltungen. Eine inklusive Stadtgesellschaft erweist sich an den Formen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlichen Alters, mit verschiedenen Lebensumständen und aus unterschiedlichen Kulturen. Wir wollen mit unseren Angeboten zu einem solidarischen Miteinander beitragen und damit Segregation entgegenwirken.

### Stadtgemeinschaft

**Stadtteile** Um auf die vielfältigen Herausforderungen angemessen zu reagieren, braucht es integrierende Arbeitsweisen. Das heißt für uns, soziale Fachplanungen quartiersbezogen zusammen zu denken und mögliche Wechselwirkungen zu erkennen. Das heißt auch, Bedarfe und Problemlagen im Stadtteil wahrzunehmen, uns in Stadtteilnetzwerken zu engagieren und die vielfältigen projektbezogenen Kooperationen vor Ort aktiv zu unterstützen. Und das heißt, Einrichtungen noch stärker für die Bedarfe und Potentiale des Stadtteils zu öffnen. Kindertageseinrichtungen wandeln sich zu Orten für Familien, zu Familienzentren, Schulen werden familienfreundlich, Mehrgenerationenhäuser sind Orte der nachbarschaftlichen Unterstützung.

**Solidarische Stadt** In Stadtteilen mit besonderem sozialem Entwicklungsbedarf werden Stadtteilkoordinationen eingesetzt. Diese haben eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den Stadtteilnetzwerken und den hier artikulierten Bedarfen einerseits, den sozialen Fachämtern andererseits und einem großen Unterstützungskreis: Dazu zählen vor allem Stadtteilpatenschaften, Aktive einer Corporate Citizenship sowie Ehrenamtliche in Familie und Institutionen. Dazu zählt aber auch die bedarfsbezogene Akquise staatlicher Förderprogramme. Mit all diesen Kontakten und Erfahrungen bringen wir kinder- und jugendfreundliche, alters- und familiengerechte Perspektiven in die Prozesse einer integrierten Stadtentwicklung ein.

### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Mit den Bewohnern und Bewohnerinnen im Dialog bleiben, unterschiedliche Interessen anerkennen und deren Ausgleich verhandeln, bei Veränderungsprozessen die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen vor Ort einfordern und unterstützen, denen eine Stimme geben, die ihre Interessen nicht artikulieren können.
- Zur Weiterentwicklung von Lern- und Bildungslandschaften beitragen.
- Orte und Anlässe für intergenerative und interkulturelle Begegnung schaffen.
- Soziale Infrastruktur und Angebote flexibel an Erfordernisse des demographischen Wandels anpassen.
- Bestehende wie auch neue Quartiere inklusiv entwickeln.
- Stadtteilkoordination in Stadtteilen mit besonderem sozialem Entwicklungsbedarf einsetzen.





Im Jahr 2015 hatten 44 % aller Nürnberger Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund. Bei den Kindern zwischen null und sechs Jahren waren es sogar 64 %. Ausgelöst vor allem durch den Wegfall der Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt im Jahr 2014 sind zwischen 2012 und 2015 ca. 6.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien nach Nürnberg zugewandert. Seit 2014 nahm die Stadt ca. 7.700 Flüchtlinge auf, darunter knapp 350 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, 2016, Sozialamt der Stadt Nürnberg, 2015, Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2015.

Die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unsere Stadtgesellschaft ist ein zentrales Zukunftsthema für Nürnberg und deshalb unter der Führung des Oberbürgermeisters eine Querschnittsaufgabe. Aufgrund der Strukturen und Aufgabenfelder in der sozialen Arbeit ist die gesellschaftliche Teilhabe aller hier lebenden Menschen integraler Bestandteil des Handelns.

**Zugewanderte integrieren**

Im breiten Aufgabenspektrum der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik haben wir vielfältige konkrete Berührungspunkte mit Migrantinnen und Migranten jedes Alters und in nahezu jeder Lebenslage. Wir wissen und erfahren immer wieder, dass Migrationshintergrund an sich keine Benachteiligung darstellt und auch keinen besonderen Hilfebedarf begründet, sondern Vielfalt und Bereicherung für die gesamte Gesellschaft bedeutet.

**Vielfalt und Bereicherung**

Derzeit sind jedoch manche Gruppen von Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich von sozialer Benachteiligung, Bildungsdefiziten, Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Es bestehen noch Zugangsbarrieren und Hemmschwellen gegenüber sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen. Wir wollen daher neue Zugangswege zu Angeboten und Diensten der Daseinsfürsorge schaffen und sicherstellen, dass auch Zugewanderte diese bei Bedarf nutzen.

**Armut verhindern**

**Werte erkennen  
und vermitteln**

Eine besondere Herausforderung stellt die Zuwanderung von Menschen aus den neuen EU-Ländern Bulgarien und Rumänien sowie von Flüchtlingen aus allen Teilen der Welt dar. Beide Gruppen eint die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen. Besonderes Augenmerk ist auf die Situation von Flüchtlingskindern und -jugendlichen zu legen – ob mit oder ohne elterliche Begleitung (vgl. Leitlinie 3). Neben der Bereitstellung existenzsichernder Hilfen gilt es, den Betroffenen Wege zur beruflichen, schulischen und gesellschaftlichen Integration sowie das Verhalten in unserem Wertesystem aufzuzeigen. Das bürgerschaftliche Engagement der Aufnahmegesellschaft spielt hierbei eine ebenso wichtige Rolle wie professionelle Unterstützungs- und Förderangebote (vgl. Leitlinie 7).

**Voneinander erfahren**

Unsere Beiträge zur Integration liegen auf konzeptioneller und operativer Ebene. Von der Arbeit in der Kindertageseinrichtung, in der Kinder- und Jugendarbeit über den Allgemeinen Sozialdienst, die Beschäftigungsförderung, die Beratungsdienste und Leistungsbereiche, Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen bis hin zur Seniorenarbeit und Pflege wird es künftig noch stärker darum gehen, kultursensible Wege zu beschreiten und unsere Kommunikation an verschiedene Zielgruppen anzupassen. Wir wollen überall darauf hinwirken, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Neubürgerinnen und Neubürger sollen hier eine Heimat finden, wir wollen sie willkommen heißen.

**Handlungsfelder sind insbesondere:**

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund, durch Fortbildungen und durch kultursensible Erweiterung unserer Angebote und Dienste.
- Verbandsstrukturen und Wohlfahrtsorganisationen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fördern.
- Zugänge zu Beschäftigung und Bildung ermöglichen.
- Koordinierte und stabile Flüchtlingshilfe, Beginn der Integrationsarbeit bereits in den Gemeinschaftsunterkünften, um frühzeitig Brücken in die Aufnahmegesellschaft zu bauen.
- Kapazitäten in der Gemeinschaftsunterbringung anpassen.
- Eingliederungshilfen für Asylbewerberinnen und -bewerber.
- Deutschkurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie kommunikative Rücksicht auf Menschen, die nicht gut deutsch sprechen und/oder verstehen.





In Nürnberg lebten 2014 251.000 Männer und rund 266.000 Frauen (48,5 % bzw. 51,5 % der Bevölkerung). Männer und Frauen sind von sozialen Problemlagen unterschiedlich betroffen: So befinden sich in den Nürnberger Obdachlosenpensionen überwiegend Männer (85 %). Dagegen sind knapp 60 % der Personen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen, Frauen. Im Referat für Jugend, Familie und Soziales sind 81 % der Beschäftigten weiblich. Von den 289 Pflegekräften des NürnbergStift sind 43 männlich (15 %), 126 Männer arbeiten als Fachkräfte in städtischen Kitas (9 %).

Quellen: Amt für Stadtforschung und Statistik, Stichtag: 31.12.2014, Personalamt, Stand: 31.12.2015, Sozialamt, 2015, NürnbergStift, Stichtag 31.12.2014, Jugendamt, Stichtag: 31.10.2015

Frauen und Männer, Mädchen und Jungen nehmen die Lebenswelt unterschiedlich wahr und haben verschiedene Bedürfnisse: Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit. Deshalb müssen Kommunalpolitik und -verwaltung die unterschiedlichen Auswirkungen ihres Handelns auf die Geschlechter in Verbindung mit dem Alter, der sozialen Lage und der kulturellen Herkunft berücksichtigen (Gender Mainstreaming<sup>1</sup>).

### Gender Mainstreaming

Für die Soziale Arbeit gilt diese Vorgabe in besonderer Weise, da Fachkräfte als Mann oder Frau auch Bezugsperson und Rollenvorbild für die Adressatinnen und Adressaten sind und in ihrer Beratungs- und Unterstützungstätigkeit intensiv auf persönliche Lebensbereiche einwirken – in der Kinder- und Jugendarbeit, in Einrichtungen, bei sozialen Diensten oder in der Pflege. Dies bewusst zu machen und zu berücksichtigen ist gesetzlicher Auftrag, dem wir uns systematisch widmen.

### Wir sind Frauen und Männer

Konzepte von Männlichkeit und Weiblichkeit unterliegen einem historischen und gesellschaftlichen Wandel. Daraus entstehen vielfältigere Familienformen und neue Aufteilungen der Sorgearbeit innerhalb der Familien. Die Vereinbarkeit von Privatleben und Arbeit ist einer der Kristallisationspunkte geschlechtersensibler Sozialer Arbeit. Zu diesem Wandel gehört auch eine stärkere Vielfalt von Rollenbildern für Frauen und Männer, Jungen und Mädchen, die auch durch steigende Zuwanderung aus anderen Ländern befördert wird. Hier gilt es, Widersprüche innerhalb einer Gesellschaft auszuhalten und durch Kontroversen gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen.

### Stolpersteine

<sup>1</sup> Gender bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt und damit auch veränderbar. Mainstreaming (englisch „mainstream“: Hauptstrom) bedeutet, dass eine inhaltliche Vorgabe zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht werden soll.

**Problemfelder** Einige längst bekannte Herausforderungen bleiben der Sozialen Arbeit erhalten: So ist Armut wie auch Pflegebedürftigkeit nach wie vor weiblich. Drogenkonsum oder das Risiko der Obdachlosigkeit sind überwiegend bei Männern anzutreffen. Und trotz großer Bereitschaft zu gemeinsamer Kindererziehung finden sich Väter und Mütter wegen der Rahmenbedingungen oft in traditionellen Settings wieder. Kommunale Sozialpolitik muss hier sensibilisieren und Eltern so unterstützen, dass sie ihr Familienleben nach ihren Vorstellungen gestalten können (vgl. Leitlinie 1).

**Männersache – Frauensache** Die anhaltende Debatte um den Mangel an männlichen Fachkräften in Bildung, Erziehung und Pflege veranschaulicht die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit und zeigt zugleich Grenzen in der Umsetzung auf: Die Prägung durch geschlechtsspezifisch konnotierte Bilder und Erwartungen ist so tiefgreifend, dass kommunales Handeln allein wenig ausrichten kann. Der gesellschaftliche Stellenwert Sozialer Arbeit und das daran gekoppelte Berufswahlverhalten junger Männer und Frauen ändert sich nur allmählich, männliche Fachkräfte sind trotz guter Einstellungs- und Aufstiegschancen rar. Gleichzeitig sind Frauen in Leitungspositionen – auch in der Sozialen Arbeit – häufig noch unterrepräsentiert. Beides kann uns nicht zufriedenstellen und fordert langfristige Veränderungen durch eine bewusste Personalentwicklung.

#### Handlungsfelder sind insbesondere:

- Geschlechtersensible Personalentwicklung durch Fort- und Weiterbildung, männliche Fachkräfte für Erziehungs- und Pflegeberufe und Frauen für Führungspositionen gewinnen.
- Männer für ehrenamtliches Engagement im Sozialbereich verstärkt akquirieren.
- Väter ermutigen, Elternzeit in Anspruch zu nehmen und sie aktiv zu gestalten.
- Geschlechtersensible Beratungs- und Unterstützungsangebote für Väter und Mütter bei Trennung und Scheidung sowie in Fragen des Umgangsrechts weiterentwickeln.



## Modernes Verwaltungshandeln für die solidarische Stadtgesellschaft

Um unsere strategischen Ziele zu erreichen, folgen wir im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales den Grundsätzen des „guten Regierens“. Dieses von der EU-Kommission als „good governance“ bezeichnete Regierungs- und Verwaltungsverständnis umfasst eine Gesamtsteuerung der gesellschaftlichen Entwicklungen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, d. h. der gesellschaftlichen Akteure. Daraus resultiert ein Fortschritt des Konzeptes eines vorbeugenden und aktivierenden (Sozial-)Staates. Als Grundsätze „guten Regierens“ gelten Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz, die wir folgendermaßen verstehen:

**Offenheit** umfasst zum einen die Definition strategischer Zieldimensionen und die nachvollziehbare Übertragung auf konkrete Jahresziele, Maßnahmen und Projekte – zum anderen die Kommunikation nach innen und außen über Ziele und Erfolge. Mit der Bündelung und Strukturierung öffentlicher Darstellungen entlang der Leitlinien wird die Kommunikation transparenter, Entwicklungen können langfristig beobachtet und beurteilt werden.

**Partizipation und Kooperation** sind Grundvoraussetzungen für erfolgreiche Soziale Arbeit. Wichtige Partnerinnen und Partner wie Wohlfahrtsverbände, freie Träger, Vereine, Initiativen und Organisationen, Schulen und Polizei arbeiten im sozialen Umfeld mit denselben Menschen zusammen wie wir. Wenn die Kooperation mit gegenseitigem Respekt und in geeigneten Formen regelmäßig gepflegt wird, sind unterschiedliche professionelle Herangehensweisen hilfreich. Um die Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ebenen sowie der betroffenen Menschen zu ermöglichen, müssen wir entsprechende Gelegenheiten und Strukturen gestalten und weiterentwickeln.

Noch mehr als bisher wollen wir auch diejenigen beteiligen, für die herkömmliche, formalisierte Beteiligungsformen (wie Beiräte, Bürgerinitiativen, Vereine, Bürgerversammlungen) nicht das geeignete Ausdrucksmittel sind. Im fachlichen Diskurs der Sozialen Arbeit ist dies längst erkannt: Wirksame Hilfe, Unterstützung und Aktivierung gelingt (nur) dort, wo die Betroffenen zu Co-Produzenten werden, wo Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst genommen werden und sich selbst ernst nehmen können.

**Verantwortlichkeit** bezeichnet die klare Rollenverteilung und Zuschreibbarkeit von Entscheidungen zu Akteuren. Wir verstehen dies als Auftrag, Verantwortung zu übernehmen und uns aktiv einzumischen – das heißt, die gesetzlichen und finanziellen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik offensiv zu nutzen. Wo die rechtliche Kompetenz und finanzielle Möglichkeit zum Handeln bei anderen Beteiligten und Ebenen liegt, bieten wir diesen unsere Kooperation an und fordern ihre Beiträge ein.

**Effektivität** ist angesichts der großen Herausforderungen und der beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen unabdingbar. Dokumentierte Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sind der beste Beleg für die Qualität der Arbeit. Ein stadtteilbezogenes Bildungs- und Sozialmonitoring liefert eine einheitliche Datengrundlage, um den Status Quo zu dokumentieren und bei Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Ergebnisse von Evaluation und Wirkungsforschung sind Grundlage für Planung und Steuerung.

Wirksam und mit Leben erfüllt werden die Leitlinien und Planungen erst durch das professionelle Engagement und die Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre Motivation ist die wichtigste Ressource für die Gestaltung der Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg. Partizipation, Personalentwicklung, Fortbildung und Anerkennung der Leistungen bringen uns fachlich voran und sind zugleich auch Ausdruck der Wertschätzung.

Dazu gehört auch, Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt zu planen und so Fachlichkeit auf hohem Niveau sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Bei der Ausbildung ist eine immer stärkere Vernetzung über Fach- und Bereichsgrenzen anzustreben. Durch eine verbesserte Kooperation mit den Hochschulen und die Vernetzung von Theorie und Praxis in Lehre und Ausbildung sichern wir die fachliche Qualität der Sozialen Arbeit in Nürnberg.

**Kohärenz** und Ineinandergreifen der Strategien und Ziele verschiedener Beteiligter und unterschiedlicher politischer Ebenen verfolgen wir durch die Entwicklung integrierter Strategien in unseren Verantwortungsbereichen. Zudem setzen wir hierfür zielgerichtete Kooperationen mit anderen Handelnden der Verwaltungen und der Gesellschaft ein. So ver-

suchen wir, auf die Entscheidungen anderer politischer Ebenen Einfluss zu nehmen, zum Beispiel durch aktive Mitarbeit in den Gremien des Städtetags, in Bundes- und Landesgremien und von Fachorganisationen, um die Kohärenz politischer Entscheidungen und damit auch ihre Wirkungen zu verbessern.

#### Unsere Methoden und Instrumente:

- Definition strategischer Leitlinien im Orientierungsrahmen.
- Jährliche Zielplanung und -überprüfung.
- Übernahme planerischer Gesamtverantwortung, z. B. in der Jugend- und Altenhilfeplanung.
- Öffentlichkeitsarbeit entlang der Leitlinien, z. B. Jahresbericht, Rechenschaftsberichte.
- Berichterstattung in den Ausschüssen des Stadtrats.
- Information, Einbeziehung von Entscheidungsgremien und -trägern aller politischen Ebenen.
- Anwendung bewährter und Entwicklung neuer Formen der Kooperation, z. B. Arbeitsgemeinschaften, vertragliche Vereinbarungen.
- Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Intensivierung der Bürgerbeteiligung, Weiter- und Neuentwicklung von Partizipationsformen.
- Entwicklung geeigneter Indikatoren für Planung und Steuerung, z. B. Sozialplanung und -berichterstattung, Controlling- und Steuerungsinstrumente.
- Personalentwicklung und Fortbildung mit Hilfe eines eigenen Bildungsprogramms für den Geschäftsbereich und Fachkräfte freier Träger.
- Vernetzung der Ausbildung, Kooperation mit den Ausbildungsstätten und Hochschulen.

#### Der Orientierungsrahmen: Perspektive und Verpflichtung

Der Orientierungsrahmen wurde von den Führungskräften der Dienststellen Jugendamt, Sozialamt und Seniorenamt, des NürnbergStifts, der fachlich zugeordneten Gesellschaften Noris-Arbeit gGmbH und noris inklusion gGmbH, des Jobcenters Nürnberg-Stadt, des

Stabs Familie und des Referats für Jugend, Familie und Soziales im Jahr 2005 erarbeitet, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diskutiert und den Fachausschüssen des Stadtrats vorgestellt. Er erweist sich seither zunehmend als tragfähige Planungs- und Handlungsgrundlage für den gesamten Geschäftsbereich. Eine Aktualisierung und Weiterentwicklung erfolgte sowohl im Sommer 2009 als auch im Jahr 2016.

Als Grundlage der internen Steuerung beschreibt der Orientierungsrahmen die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten, Versäulungen schrittweise zu überwinden – das heißt, sich über die eigene formale Zuständigkeit hinaus für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg entlang der Leitlinien einzusetzen und partnerschaftlich zu vernetzen. Der strategische, konzeptionelle und organisatorische Rahmen wird auch zukünftig unter Führung des Referats für Jugend, Familie und Soziales entsprechend den gesellschaftlichen Entwicklungen, sozialen Notwendigkeiten, politischen und finanziellen Gestaltungsspielräumen weiterentwickelt.

Transparenz über Ziele und Prioritäten entsprechen unserem Verständnis von strategisch gesteuertem Handeln und sind unabdingbar für erfolgreiche Zusammenarbeit. Der Orientierungsrahmen wendet sich daher auch an die Nürnberger Stadtpolitik, die Kooperationspartnerinnen und -partner des Referats bei freien Trägern und Institutionen sowie an alle Nürnbergerinnen und Nürnberger: Wir informieren Sie über unsere Ziele und Schwerpunkte, entwickeln diese im Dialog mit Ihnen kontinuierlich weiter und laden ein, uns auch in Zukunft in partnerschaftlicher Zusammenarbeit bei der Umsetzung zu unterstützen.

Nürnberg, Juni 2016



Reiner Pröbß  
Referent für Jugend, Familie und Soziales





Impressum:

Herausgegeben von:

Stadt Nürnberg  
Referat für Jugend, Familie und Soziales  
Hauptmarkt 18, 90403 Nürnberg

Layout/Konzeption:

S. Stumpf Kommunikation & Design, Hutstraße 31, 91207 Lauf

Bilder:

Anestis Aslanidis, Karin Behrens, Peter Dörfel, Giulia Iannicelli, Hartmut Knipp, Medienwerkstatt Franken, Elisabeth Müller, Uwe Niklas, NürnbergStift, Doris Reinecke, Cornelia Scharf, Michaela Schremser, Heike Wolff, shutterstock.de, istockphoto.de, fotolia.de

Druck:

noris inklusion, Dorfäckerstr. 37, 90427 Nürnberg